

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Preisliste für Anzeigen und Inserate. Die Anzeigen werden nach der Anzahl der Zeilen und der Zeitdauer berechnet. Die Inserate werden nach der Anzahl der Zeilen und der Zeitdauer berechnet.

Ar. 55

Montag, den 7. März 1921

49. Jahrgang

Neue deutsche Vorschläge in London.

(W) Neuer teilt mit, daß ein Vertreter des Reichstages am Sonntagabend eine Unterredung mit Dr. Simons gehabt habe. Er berichtet, daß die Deutschen heute neue Vorschläge unterbreiten werden.

Die Hausnummer 11, die heute die Konferenz eröffnet, ist die Nummer, die den griechischen und türkischen Delegierten die Möglichkeit der Unterredung mit Dr. Simons gegeben hat. Die Konferenz wird heute um 11 Uhr beginnend, und nachmittags um 2 Uhr, werden die griechischen und türkischen Delegierten die Möglichkeit der Unterredung mit Dr. Simons gegeben haben. Die Konferenz wird heute um 11 Uhr beginnend, und nachmittags um 2 Uhr, werden die griechischen und türkischen Delegierten die Möglichkeit der Unterredung mit Dr. Simons gegeben haben.

Vorbesprechungen zu neuen Verhandlungen.

Lloyd George und Briand haben Samstag Nachmittag mit Dr. Simons bei Lloyd George konferiert. Die Besprechung galt dem Programm der Sitzung, die am heutigen Montag stattfinden soll. — Dem „Antwortschein“ zufolge hatte Minister Simons Briand bitten lassen, um eine Unterredung zu gewähren. Gleichzeitig hat er Lloyd George um eine Unterredung gebittet. Es wurde die Unterredung erteilt, daß Lloyd George noch Lloyd George Dr. Simons empfangen wollten. Darauf hat Dr. Simons, daß er von beiden Ministerpräsidenten gemeinsam empfangen werde. Briand bekräftigt, zu wissen, ob Dr. Simons Vorschläge habe, um Verhandlungen zu führen. Dr. Simons antwortete bejahend.

Nach einem Sonderbericht des „Berliner Tagbl.“ war Dr. Simons Sonnabend ganz unerwartet aus London abgereist. Man vermutet, daß er nach dem Vandsitz Chequers gegangen ist, wo sich Lloyd George befindet, um dort die inoffiziellen Besprechungen führen zu können. Diese Tagfalte hat bei allen Kreisen große Überraschung hervorgerufen, und man fragt sich mit Spannung, ob dies ein günstiges oder ein ungünstiges Zeichen für die Montag-Sitzung sein soll. Obwohl die Nachrichten, die aus Berlin in London eingetroffen sind, nach einer Londoner Auffassung nicht günstig klingen, nimmt man in London an, daß es noch möglich sein wird, zu einem Vergleich zu kommen. Daß ein neuer deutscher Vorschlag unterbreitet werden wird, kann nicht mehr zweifelhaft erscheinen. Er wird sich in dem Rahmen der Verhandlungsvollmacht befinden. Dr. Simons hatten Vollkommene Klarheit über den Weg, aber erst die Beratung der deutschen Delegation bringen.

Instruktionen an die deutsche Delegation.

Die aus London vorliegenden Meldungen wurden Sonntag in zwei Kabinettsitzungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten beraten. Zwischen beiden Sitzungen fanden Verhandlungen mit den erreichbar gewordenen Sachverständigen statt. Auf Grund der Beratungen sind an die Delegation Instruktionen für die heute in London stattfindenden Verhandlungen der Konferenz ergangen.

Der Reichstag über die Londoner Forderungen.

(Sitzung vom 5. März.) Ein Regierungstische: Fehrenbach, Koch, Geyse, Gieseler, Gernies, v. Raumer, Braun, Haus und Erbsen sind fast bereit. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung mit folgender Erklärung: Wir haben gestern unsere Verhandlungen unterbrochen, als eine neue Geschäftsordnungsdebatte sich entspinnen wollte, bei der der Präsident das verlangte Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilte. Es hat darauf eine Besprechung im Reichsausschuß stattgefunden, die damit endete, daß mein Vorschlag angenommen wurde, und daß die

Reichskanzler Fehrenbach:

Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, über den Stand der Verhandlungen in London unterrichtet zu werden. Das ist durchaus begründet. Es ist aber auch im Kabinett die Frage sorgfältig geprüft, ob und inwieweit es im gegenwärtigen Moment mit Erklärungen in diesem hohen Hause die Aufgaben fördern oder schädigen kann, die unsern Unterhändlern in London obliegen. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Überzeugung geführt, daß wir uns während der laufenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben. (Hört! Hört! Unruhe bei den Kommunisten und den Unabhängigen.) Ich halte mich daher für verpflichtet, über folgende Erklärungen nicht hinauszuweisen: Das Kabinett muß einschließen, daß wir uns während der laufenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben. (Hört! Hört! Unruhe bei den Kommunisten und den Unabhängigen.) Ich halte mich daher für verpflichtet, über folgende Erklärungen nicht hinauszuweisen: Das Kabinett muß einschließen, daß wir uns während der laufenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben.

Reichskanzler Fehrenbach:

Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, über den Stand der Verhandlungen in London unterrichtet zu werden. Das ist durchaus begründet. Es ist aber auch im Kabinett die Frage sorgfältig geprüft, ob und inwieweit es im gegenwärtigen Moment mit Erklärungen in diesem hohen Hause die Aufgaben fördern oder schädigen kann, die unsern Unterhändlern in London obliegen. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Überzeugung geführt, daß wir uns während der laufenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben. (Hört! Hört! Unruhe bei den Kommunisten und den Unabhängigen.) Ich halte mich daher für verpflichtet, über folgende Erklärungen nicht hinauszuweisen: Das Kabinett muß einschließen, daß wir uns während der laufenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben.

Abg. Gerst (D.-H.):

Wir verstehen die schwierige Lage der Regierung vollkommen. Wir stehen einer gegnerischen Darstellung gegenüber, die in unserer Partei auf die Mentalität der Welt und auch des deutschen Volkes eingestrichelt ist. Wir müssen diese falsche Darstellung zurückweisen, ebenso wie am 2. Februar. Damals stand der Reichstag einmütig mit überwältigender Mehrheit hinter dem Unannehmlichen. Das ganze Volk hat diese Einmütigkeit begrüßt. Die sozialdemokratische Minorität hat dieser Einmütigkeit aber nicht Gefüge geschaffen. Wir der Arbeiterpartei gehen über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Ein geradliniges ungeheures Opfer wird dem deutschen Volke zugemutet. Die Zahl von 50 Milliarden ist eine Gesamtzahl. Man hat unser Angebot um auf die Unmöglichkeit, die Zinsen und die Tilgungsarten, so ergeben sich erheblich mehr als 100 Milliarden. Wir müssen uns frei machen von dem Milliardenwahnsinn. Lloyd George spottet seiner selbst, wenn er von einem Schuldverhältnis des deutschen Volkes spricht. Wegen dieser Verleumdung protestieren wir. Es ist nicht wahr, daß wir planmäßig diesen Krieg vorbereitet haben. Mit dieser Feststellung fällt auch die ganze Basis des Feindbundes. Lloyd George hat selbst erklärt, daß wir in den Krieg hineingetaumelt sind. Vergleichen wir dann die Summe von 226 Milliarden Reichsmark mit den 5 Milliarden von 1870/71. Wenn Lloyd George erklärt, man wolle Deutschland nicht unterdrücken, so ist das bitterer Hohn. Der Feindbund hat seinen reichlichen Anteil an den Kriegskosten. Ich erinnere mir an die Festlegung der russischen Petrogradquellen. Nicht mit Gold können wir bezahlen, sondern nur mit Arbeit.

Abg. Müller-Franken (So.):

Die Rede des Reichskanzlers hat keine Überraschung gebracht. Für mich entscheidend ist, daß der Reichsausschuß alle Verhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausnimmt. Wie am 2. Februar hatten wir die Pariser Abmachungen für unausführbar für Deutschland. Im Falle der Ratifizierung würden nach unserer Auffassung Regierung und Parteien sich einer Unwahrscheinlichkeit schuldig machen. Die Unterschrift würde aber auch gar nichts nützen, weil die wirtschaftliche Krisis sich zur europäischen Katastrophe ausbreiten würde. Wir sind die im Kriege Unterlegenen. Dieses Unterliegen hat gewisse

Konsequenzen für uns. Wir wollen alles tun, um die Ruinen wiederherzustellen, an denen sich der Haß in Europa immer wieder entzündet. Man sollte die Entente-Kommissionen in Deutschland einmal nach dem wiederaufgebauteu Lande führen, um zu zeigen, was deutsche Tapferkeit zustande gebracht hat. Wir sind bereit, in ähnlicher Weise in Nordfrankreich zu wirken. Der organisierte deutsche Arbeiter wird sich immer wieder bemühen, mit den französischen Arbeitern ein gemeinsames Wiederaufbauprogramm zustandezubringen. Bis jetzt haben Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Bauarbeiterorganisationen über die Frage des Wiederaufbaues stattgefunden. Diese Arbeiter wünschen, daß die Arbeitslosen sofort aufgenommen werden. Die europäischen Regierungen müssen auf diesen Wunsch Rücksicht nehmen. Wir Geld allein ist die Frage der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete nicht zu lösen. Mit Anwendung von Sanktionen kann man politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zerreißen, kann man neue Unruhen in die Welt bringen, aber nicht aufbauen. Wir erwarten, daß man in London jeden möglichen Verhandlungsversuch beschreitet. Das moralische Recht ist auf unserer Seite. (Beifall.) Verhandlungswege sind ja genug da. Da müssen wir allerdings bis an die äußersten Grenzen gehen. Wir wollen das aus innerem Drange heraus tun. Unser heißester Wunsch ist, daß in Zukunft bewaffnete Konflikte vermieden werden. Die Selbstschutzorganisationen dieser Störtrupps gegen die deutsche Republik müssen schließlich eingebracht werden. Es ist eine Einheitsfront nicht möglich. Es geschieht jetzt Dinge in Deutschland, die einfach unverständlich sind. Der Redner erinnert daran, daß von der Stimmenszahl in Flensburg ein neuer Dampfer „Zirip“ herausgebracht worden ist. Zirip wird von weitem als der stärkste Reichsverdränger angesehen. (Unruhe rechts.) Die deutschen Arbeiter empfinden das als rechte Provokation. Wie ist bei solcher Stölungnahme eine Einheitsfront möglich? (Abg. v. Graese (D.-H.): Sie sprechen im Namen der Entente. — Präsident Ebert erwidert diesen Juro.) Lloyd George hat behauptet, daß es ihm möglich an Verständnis für die deutschen Verhältnisse fehlt. Mit Sklaverei wird Europa nicht aufgebaut. Wir bedauern die Forderung Lloyd Georges nach höheren indirekten Steuern in Deutschland. Der Redner weist auf die Kinderlosigkeit in den deutschen Städten hin. Ein Wiederaufbau kann nur herbeigeführt werden durch den Willen zur Verständigung, aber nicht durch diese Sanktionen.

Abg. Trimborn (H.):

gibt namens der Zentrumsfraktion eine kurze Erklärung ab. Die Entwertung des Verhandlungsaktes macht eine Kenntnis des Verhandlungsgegenstandes unmöglich. Der Reichstag kann daher zur Zeit keine erzieherische Wirkung auf den Gang der Verhandlungen ausüben. Die getroffenen Abmachungen werden der Beschlußfassung des Reichstages unterliegen. Eine Annahme der Pariser Beschlüsse ist nach wie vor ausgeschlossen. Die von uns gemachten Vorschläge stellen die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit dar. Abmachungen, die wir nicht halten können, werden nicht unterschrieben. Wir hoffen, daß die Verhandlungen einen Ausgang nehmen, der gerecht ist und der Bejahung dient.

Abg. Gerst (D.-H.):

Wir verstehen die schwierige Lage der Regierung vollkommen. Wir stehen einer gegnerischen Darstellung gegenüber, die in unserer Partei auf die Mentalität der Welt und auch des deutschen Volkes eingestrichelt ist. Wir müssen diese falsche Darstellung zurückweisen, ebenso wie am 2. Februar. Damals stand der Reichstag einmütig mit überwältigender Mehrheit hinter dem Unannehmlichen. Das ganze Volk hat diese Einmütigkeit begrüßt. Die sozialdemokratische Minorität hat dieser Einmütigkeit aber nicht Gefüge geschaffen. Wir der Arbeiterpartei gehen über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Ein geradliniges ungeheures Opfer wird dem deutschen Volke zugemutet. Die Zahl von 50 Milliarden ist eine Gesamtzahl. Man hat unser Angebot um auf die Unmöglichkeit, die Zinsen und die Tilgungsarten, so ergeben sich erheblich mehr als 100 Milliarden. Wir müssen uns frei machen von dem Milliardenwahnsinn. Lloyd George spottet seiner selbst, wenn er von einem Schuldverhältnis des deutschen Volkes spricht. Wegen dieser Verleumdung protestieren wir. Es ist nicht wahr, daß wir planmäßig diesen Krieg vorbereitet haben. Mit dieser Feststellung fällt auch die ganze Basis des Feindbundes. Lloyd George hat selbst erklärt, daß wir in den Krieg hineingetaumelt sind. Vergleichen wir dann die Summe von 226 Milliarden Reichsmark mit den 5 Milliarden von 1870/71. Wenn Lloyd George erklärt, man wolle Deutschland nicht unterdrücken, so ist das bitterer Hohn. Der Feindbund hat seinen reichlichen Anteil an den Kriegskosten. Ich erinnere mir an die Festlegung der russischen Petrogradquellen. Nicht mit Gold können wir bezahlen, sondern nur mit Arbeit.

Abg. Gerst (D.-H.):

Wir verstehen die schwierige Lage der Regierung vollkommen. Wir stehen einer gegnerischen Darstellung gegenüber, die in unserer Partei auf die Mentalität der Welt und auch des deutschen Volkes eingestrichelt ist. Wir müssen diese falsche Darstellung zurückweisen, ebenso wie am 2. Februar. Damals stand der Reichstag einmütig mit überwältigender Mehrheit hinter dem Unannehmlichen. Das ganze Volk hat diese Einmütigkeit begrüßt. Die sozialdemokratische Minorität hat dieser Einmütigkeit aber nicht Gefüge geschaffen. Wir der Arbeiterpartei gehen über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Ein geradliniges ungeheures Opfer wird dem deutschen Volke zugemutet. Die Zahl von 50 Milliarden ist eine Gesamtzahl. Man hat unser Angebot um auf die Unmöglichkeit, die Zinsen und die Tilgungsarten, so ergeben sich erheblich mehr als 100 Milliarden. Wir müssen uns frei machen von dem Milliardenwahnsinn. Lloyd George spottet seiner selbst, wenn er von einem Schuldverhältnis des deutschen Volkes spricht. Wegen dieser Verleumdung protestieren wir. Es ist nicht wahr, daß wir planmäßig diesen Krieg vorbereitet haben. Mit dieser Feststellung fällt auch die ganze Basis des Feindbundes. Lloyd George hat selbst erklärt, daß wir in den Krieg hineingetaumelt sind. Vergleichen wir dann die Summe von 226 Milliarden Reichsmark mit den 5 Milliarden von 1870/71. Wenn Lloyd George erklärt, man wolle Deutschland nicht unterdrücken, so ist das bitterer Hohn. Der Feindbund hat seinen reichlichen Anteil an den Kriegskosten. Ich erinnere mir an die Festlegung der russischen Petrogradquellen. Nicht mit Gold können wir bezahlen, sondern nur mit Arbeit.

Abg. Gerst (D.-H.):

Wir verstehen die schwierige Lage der Regierung vollkommen. Wir stehen einer gegnerischen Darstellung gegenüber, die in unserer Partei auf die Mentalität der Welt und auch des deutschen Volkes eingestrichelt ist. Wir müssen diese falsche Darstellung zurückweisen, ebenso wie am 2. Februar. Damals stand der Reichstag einmütig mit überwältigender Mehrheit hinter dem Unannehmlichen. Das ganze Volk hat diese Einmütigkeit begrüßt. Die sozialdemokratische Minorität hat dieser Einmütigkeit aber nicht Gefüge geschaffen. Wir der Arbeiterpartei gehen über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Ein geradliniges ungeheures Opfer wird dem deutschen Volke zugemutet. Die Zahl von 50 Milliarden ist eine Gesamtzahl. Man hat unser Angebot um auf die Unmöglichkeit, die Zinsen und die Tilgungsarten, so ergeben sich erheblich mehr als 100 Milliarden. Wir müssen uns frei machen von dem Milliardenwahnsinn. Lloyd George spottet seiner selbst, wenn er von einem Schuldverhältnis des deutschen Volkes spricht. Wegen dieser Verleumdung protestieren wir. Es ist nicht wahr, daß wir planmäßig diesen Krieg vorbereitet haben. Mit dieser Feststellung fällt auch die ganze Basis des Feindbundes. Lloyd George hat selbst erklärt, daß wir in den Krieg hineingetaumelt sind. Vergleichen wir dann die Summe von 226 Milliarden Reichsmark mit den 5 Milliarden von 1870/71. Wenn Lloyd George erklärt, man wolle Deutschland nicht unterdrücken, so ist das bitterer Hohn. Der Feindbund hat seinen reichlichen Anteil an den Kriegskosten. Ich erinnere mir an die Festlegung der russischen Petrogradquellen. Nicht mit Gold können wir bezahlen, sondern nur mit Arbeit.

Die Sanktionen sind ein Bruch des Versailles Vertrages. Alle Drohungen prälen ab an unsern starken deutschen Herzen. In der äußersten Not werden wir alle zusammenstehen.

Abg. Dr. Breitscheid (H.):

Der Reichstag muß in diesen Tagen entscheidend mitwirken. Die Arbeiter verlangen eine Internationalisierung der Kriegsschuld. Das deutsche Volk ist mitschuldig an den Folgen, durch das, was es im Kriege hat geschehen lassen. Selbst wenn die Sanktionen verwirklicht werden, müssen wir den Weg zu Verhandlungen offen lassen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.):

Die Ausführungen des Vortragners sind nicht das A und O in Deutschland. Dieses A und O ist vielmehr die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters. Der Redner weist die Angriffe des Dr. Breitscheid gegen den Außenminister zurück. Die wirtschaftlichen Finanzprobleme in England, Frankreich und Italien lassen ganz genau, was das deutsche Volk leisten kann. Auch heute noch wird Dr. Simons von der großen Mehrheit dieses Hauses als der besonnenste Staatsmann angesehen. (Beifall.) Wie kann man so wichtig sein, anzunehmen, daß das deutsche Volk die Ausgaben des Weltkrieges allein auf seine Schultern zu nehmen habe. In einem Brief an Wilson hat der englische Ministerpräsident ihm dafür gedankt, daß er durch seine Propaganda den weltweiten Zusammenbruch der Mittelmächte hervorgerufen habe. (Hört! Hört!) Daß die gesamte Politik Deutschlands auf den Krieg eingestellt war, kann niemand behaupten. In einem Bericht vom 14. November 1918 spricht der belgische Gesandte in Berlin von einem friedliebenden Deutschland und sagt, daß die Entente nicht auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, sondern auf dem einseitigen Haß gegen das deutsche Volk aufgebaut sei. (Hört! Hört!) Ich glaube nicht, daß die neutralen Gewährsleute in dem Bericht stehen, die besetzten Agenten des kaiserlichen Deutschlands zu sein. Auch in England hält man an der alleinigen Verantwortlichkeit Deutschlands am Weltkrieg nicht mehr fest. (Hört! Hört!) Es gibt keinen größeren Unruhm, als Deutschland freigesprochen zu werden, wenn man die deutsche Schuld nicht anerkennt. Auch Kautsky hat erklärt, daß Deutschland auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet hat, sondern ihm verfallen ist. (Hört! Hört!) Wenn man uns nicht in die Lage setzt, wieder die alte Stellung als Verkäufer einzunehmen zu können, dann sind wir auch kein Land mehr. Das werden die Vereinigten Staaten bald merken. Weder das Völkerrecht noch der Friedensvertrag berechtigt zu einer weiteren Besetzung deutschen Gebietes. Wir dürfen es nicht als selbstverständliches hinnehmen, daß man über deutsches Gebiet verfügt wie über herrenloses Gut. Wir empfinden es davor, daß der heißeste Appell zum Selbstbleiben aus dem besetzten Gebiet erklungen ist. (Beifall.) Wir wollen dankbar sein, wenn der Geschäftsführer der Unterhändler es gelingt, innerhalb der gezogenen Grenzen zu einer Verständigung zu kommen. Wir alle erheben den Tag, an dem wir als freies Volk auf freiem Grunde stehen. (Beifall.)

Reichskanzler Fehrenbach:

hant. Dem Vortragners für die Abwehr der Breitscheiden Angriffe gegen den Außenminister. Das Kabinett hat volles Vertrauen zu Dr. Simons, der sich als geschäftstüchtiger, reiflich überlegender Mann gezeigt hat. Sein Staatsmann hatte wohl eine verantwortungsvollere Aufgabe, als jetzt Dr. Simons. Durch solche Angriffe werden die Verhandlungen nicht gefördert.

Abg. Schiffer (Dem.):

Die Verhandlungen in London sind letzten Endes ein Krieg mit den Waffen des Geistes. Es wäre erwünscht gewesen, wenn sich die Geister der Regierung ebenso gut gehalten hätten, wie die Regierung. Mit den allgemeinen Grundlinien, die der Reichstagler festgelegt hat, sind wir einverstanden. Wir wollen eine Politik der Gerechtigkeit, der Aufrichtigkeit und des freien Willens. Wir gehen in die Auffassung der Parteien, daß das, was in Paris verlangt wird, unerfüllbar ist. Unsere Festigkeit darf nicht durch Drohungen oder Botungen erschüttert werden.

Abg. Stöder (Komm.):

Die Haltung der Regierung ist lächerlich. Die schwache Laß des neuen Diktats soll aus den Knochen der Arbeiter schaft herausgeholt werden. Wir wollen keine nationalen Einheitsfront, sondern die Front des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Es wird der Tag kommen, an dem nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin, Paris und London die rote Fahne weht. — Abg. Reich (Hort. Volkspartei): Wir sind mit unseren Gegenvorschlägen bis an die äußerste Grenze gegangen. Wir wollen die Politik des Reichsausschusses. — Abg. Effenberger (Hort. Bauernbund): Die Pariser Forderungen sind auch für uns unannehmbar. — Abg. Kipper (Hort. Hann. P.): Wir haben die feste Überzeugung, daß das Recht der Kultur völler verhindern wird, daß ein festes Volk in dieser Weise ausgezehrt wird. Damit schließt die Aussprache. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Das Haus vertagt sich auf Montag.

Das Urteil im Kasseler Kommunistenprozess.

Sonnabend, kurz nach 12 Uhr, verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte A. z. n. a. i. t. wird zu 9 Monaten, B. z. n. a. i. t. zu 4 Monaten, C. z. n. a. i. t. zu 3 Monaten verurteilt. In einem Monat der Untersuchungshaft wird angerechnet. Die Angeklagten A. z. n. a. i. t. und B. z. n. a. i. t. werden freigesprochen. Das Urteil folgte eine längere Verhandlung.

das Spazieren auf dem See. Die Besatzung wurde durch einen Sturm auf dem See in die Höhe geschleudert. Die Besatzung wurde durch einen Sturm auf dem See in die Höhe geschleudert. Die Besatzung wurde durch einen Sturm auf dem See in die Höhe geschleudert.

Überbau eines Mollerei.

Dortmund, 5. März. Der Vorstand des dortigen Mollerei-Vereins hat am 4. März eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde über den Bau eines neuen Mollerei-Bauwerks diskutiert. Der Vorstand hat beschlossen, dass der Bau des neuen Mollerei-Bauwerks in der nächsten Zeit begonnen werden soll. Der Bau des neuen Mollerei-Bauwerks wird in der nächsten Zeit begonnen werden.

Wambel, 5. März. (Schleifhandels, Preis).

Der Landwirt Franz Sport hat hier verkauft durch den Tagelöhner Rudolf Sport 5 Hektar Weizen für 1000 Mark an einen Unbekannten, der letztere 125 Mark Vergütung zahlt. Eine weitere Verkaufsgeschichte ist ebenfalls berichtet worden. Der Landwirt Franz Sport hat hier verkauft durch den Tagelöhner Rudolf Sport 5 Hektar Weizen für 1000 Mark an einen Unbekannten, der letztere 125 Mark Vergütung zahlt.

Versailles und Moskau.*

(Ka) Durch Versailles ist die Welt geküsst in Sieger und Besiegte, in Ausbeuter und Ausgebeutete. Deutschland wurde zum Objekt der Politik Englands und Frankreichs und jeder Willkür seiner Bedrücker ausgesetzt. Schon vorher war Russland aus der Welt der in der Weltwirtschaft tätigen Nationen ausgeschlossen. Eine gewaltige Revolution erschütterte das wirtschaftliche Leben Russlands; ihre Folgen wirkten weit über Russland hinaus, bedrohten den gesamten Aufbau innerhalb der Nationen des europäischen Kulturkreises und suchten neue Grundlagen wirtschaftlichen Lebens zu schaffen.

Immer noch aber. Beide Wirtschaftskräfte wurden fast vollständig vernichtet. Nur das alte Maßland blieb unbeschädigt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Mark. (VVD) Düsseldorf, 5. März. (Halschmückerbande.) Die hiesige Kriminalpolizei hat eine weitverbreitete Halschmückerbande mit dem Hauptquartier in Köln ungeschädlich gemacht, die eine ganze Anzahl Verhaftungen unterhielt und im Laufe von drei Jahren für viele Millionen in- und ausländische Geldscheine hergestellt hat. Elf Personen sind verhaftet worden. Seit über 300 000 Mark Halschmückerbande und gefälschte Steuermarken konnten beschlagnahmt werden. Die Mitglieder der Bande führten ein beschämendes Leben und hatten sich mit Hilfe ihrer großen Geldmittel vielfach Zutritt in vornehme Gesellschaften verschafft, wo sie als Bankdirektoren, Großkaufleute usw. auftraten.

Der Wiederaufbau der Handelsflotte.

Der Vertrag zwischen den Reedern und den ausländischen Reedereien über die Abfindung der Reederei ist, wie bekannt, unterzeichnet worden. Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte in Höhe von 2 1/2 Millionen Tonnen (ein Drittel des früheren Friedensbestandes) hat bereits begonnen und soll in etwa fünf Jahren durchgeführt werden. Es ist beabsichtigt, 90 Prozent auf deutschen Werften und die restlichen 10 Prozent im Ausland bauen zu lassen. Im Anlande ist für die Tonne ein Baupreis von 4000 Mk. veranschlagt worden bei einem Bauprogramm von vier Jahren. Dieser Preis ist nach Meinung der Sachverständigen reichlich hoch bemessen. Die Reederei nehmen einen Baupreis von 7000 Mk. pro Tonne bei einem Bauprogramm von zwei Jahren. Bei dem Ueberstieg an Welttonnage erscheint es nicht opportunistisch, das Bauprogramm in zwei Jahren abzuwickeln, da dann auch die Arbeitskräfte nach dieser Zeit wieder arbeitslos sein würden. Nach Schätzung der Sachverständigen würde der Wiederaufbau unserer Flotte (immer ein Drittel unseres früheren Standes gerechnet) etwa 6,8 Milliarden betragen. Dazu kommen noch die Entschädigungen für die an die Entente abgelieferten Schiffe mit 2,4 Milliarden. Das wäre der doppelte Friedenspreis der gesamten ausgelieferten Tonnage, jedoch das Reich im ganzen 9,2 Milliarden an die Reederei zu zahlen hätte. Die Reederei haben aber einen Betrag von 15 Milliarden gefordert. Das Reichsfinanzministerium hat daraufhin durch Reederei und Sachverständige neue Berechnungen vornehmen lassen und ist auf folgende Fassung gekommen: Bei einem Wiederaufbau von 2 1/2 Millionen Tonnen zu einem Durchschnittspreis von 4000 Mk. für jede Tonne ergibt sich ein Betrag von 10 Milliarden. Hierzu tritt noch die Abfindungsschuldigung von 2 1/2 Milliarden, so daß die ganze Rechnung auf einen Kompromiß zwischen den Forderungen der Reederei und den Berechnungen der Sachverständigen hinausläuft. Da nach der rechtlichen Grundlage, die das Hilfsgesetz und das Uebertragungsgesetz bieten, das Reich 70 Prozent und die Reederei 30 Prozent der Wiederaufbaukosten zu tragen haben, ergibt sich selbst bei 10 Milliarden Wiederaufbaukosten für das Reich nur ein Anteil von 7 Milliarden, so daß das Reich den Reederei ein glattes Gehalt von 2 1/2 bis 3 Milliarden Mark machen würde, wenn dieser Kompromiß angenommen würde. Im Reichsrat ist aber eine eingehende materielle Prüfung der ganzen Angelegenheit schon gefordert worden.

Eine ganz besondere Sache ist nur der Erbergerfonds. Während man den Auslandsdeutschen und anderen durch den

Krieg Geschädigten zunächst einen Abfindungsbetrag zuschreiben und später 1 1/2 bis 2 Milliarden zusammenlassen wollte, besteht ein Erbergerfonds von 5 1/2 Milliarden, der für die Friedenszeit der ausgelieferten Schiffe bestimmt ist. Dieser Fonds hat Erberger bereits im Herbst 1919 den Reedern als Entschädigung für die Enteignung der Schiffe zur Verfügung gestellt, davon sind 1 1/2 Milliarden bereits an die Reederei zur Verfügung übergeben und nahezu verbraucht, während die restlichen 3,6 Milliarden an Schuldumfößen bei der Reichsbank niedergelegt sind. Auch hierüber ist vom Reichsrat Beschluß gefaßt worden, und es ist anzunehmen, daß auch der Reichstag sich mit dieser Angelegenheit näher beschäftigen wird.

Hardings Botschaft an die amerikanische Nation.

(TU) Der Präsident der Vereinigten Staaten hat heute die Botschaft an die amerikanische Nation verlesen, in der er erklärte: Vertrauen wir auf unsere Fähigkeit, unser Geschick selbst zu lenken. Wir wollen nicht an der Leitung der Geschicke des alten Kontinents teilnehmen, und wir haben nicht die Absicht, uns mitzuteilen zu lassen. Wir übernehmen nur diejenige Verantwortung, die uns unser Gewissen in jedem einzelnen Falle vorschreibt. Amerika wird jeder ständigen militärischen Allianz fern bleiben, und wir können auf jedes politische Abkommen und auf alle wirtschaftlichen Verpflichtungen verzichten, die unsere Entschädigungen von einer fremden Autorität abhängig machen würden. Harding erklärt weiter, daß Amerika bereit sei, mit den anderen Nationen nach einem geeigneten Mittel zur Verringerung der Ausgaben zu verhandeln, und daß Amerika bereit sei, an jedem Programm mitzuwirken, das geeignet ist, die Kriegsgefahr zu beseitigen. Wenn jedoch Amerika trotz seiner Haltung ein neuer Krieg ausgebrochen wäre, so würde sich ganz Amerika materiell und moralisch der nationalen Verteidigung widmen. Der Präsident sprach dann von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Krieges auf Handel und Industrie in den Vereinigten Staaten. Die Botschaft enthält keine Anspielung auf das Problem der Reparationen, über das augenblicklich in London diskutiert wird; weder Frankreich noch Deutschland sind in der Botschaft erwähnt.

Aus aller Welt.

— Über 2 Milliarden für Bergarbeiterwohnhäuser. Wie das „Berl. Tagebl.“ von gut unterrichteter Seite hört, muß mit Rücksicht auf das Abkommen von Spa die Herstellung von Bergarbeiterwohnhäusern mit großer Beschleunigung vorgenommen werden. Ursprünglich sollten die Mittel dafür aus einer

besonderen Kohlenabgabe verfügbare gemacht werden. Es wäre für 1921 etwa mit 700 Millionen Mark zu rechnen, wofür aber höchstens 10 000 Wohnungen hergestellt werden können. Da diese Zahl aber nicht ausreicht, verlangt der Reichsarbeitsminister noch 1 1/2 Milliarden Mark. — Zur Fürsorge für Flüchtlinge im Reichshaus. Wie das B. Z. hört, werden für die Maßnahmen zu Entschädigungen auf Grund des Friedensvertrages im Reichshaus 250 Millionen Mark gefordert. Wie das Blatt weiter hört, werden für Deduktion der Kosten der Fürsorge für Flüchtlinge aus den abgetretenen und besetzten preussischen Grenzgebieten im Reichshaus 80 150 000 Mark angefordert werden. Von der genannten Summe sollen 20 Millionen zur Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten verwendet werden.

Schlagwetterexplosion.

(TU) Auf dem Simonsgracht der Grube „de Wendel“ bei Forbach fand gestern eine Schlagwetterexplosion statt. 11 Getötete sind geborgen, über 150 Mann sind noch in der Grube eingeschlossen. Ein großer Teil der Belegschaft stammt aus dem Kreise Saarbrücken.

— Ein dreifacher Mordüberfall wurde in Berlin in der Hildebrandstraße verübt. Wie bei dem Überfall auf den „Autonimbus“ der Straußberg war auch hier der Anführer der Mörder ein gut gekleideter Mann, der ein sehr gewähltes Deutsch sprach und dessen ganze Erscheinung erheiterte ließ, daß er kein gewöhnlicher Verbrecher ist. Die Männer drangen in die Villa eines ehemaligen Parlamentarier ein. Sie überfielen das Eßzimmer des Vorgesetzten, drückten ein Messer in die Hände und schlugen die Schlagwetterexplosion der Ehefrau des Vorgesetzten. Hier schalteten sie das elektrische Licht ein, und beide Mörder nahmen am Bett der im Zimmer allein schlafenden Frau Anstellung. Als diese durch das Geräusch erwachte, sah sie entsetzt die fremden Männer. Beide trugen Halbmasken und waren mit Revolver und Dolch ausgerüstet. Sie erklärten der Überfallenen, sie möge sich ruhig verhalten, ihr würde nichts geschehen. Sie haben sich nicht zu wehren zu tun, die nach ihrem Leben trachteten, sondern mit stillschweigender Ingegnen. Sie solle nur sagen, wo sie ihr Geld und ihre Schmuckgegenstände aufbewahrt. Um aber Hilferufe der Überfallenen zu verhindern, trafen sie sie, banden ihre Hände und Füße mit Stricken und befestigten außerdem noch die Beine mit einem Lederriemen am Bett. Dann entnahmen sie zuerst einem Schränkchen 1500 Mark bares Geld und einen Tresor eines großen Anzuges, wertvoller Schmuckgegenstände, zusammen für über 250 000 Mark. Mit der Beute ergriffen sie die Flucht.

— Eine 15jährige Mörderin. Die furchtbare Tat eines 15jährigen Mädchens beschäftigte die Strafkammer in Stade. Die seit Oktober vorigen Jahres bei dem Gärtner Kraetzmann in Klein-Sittenen, Kreis Verden, bedienstete Bertha Marwede wurde, wie schon früher, am Abend des 6. November vorigen Jahres die Abwesenheit ihrer Dienstherrschaft dazu, allerlei Schändlichkeiten zu erwidern. Am anderen Morgen wurde sie von der noch im Bett liegenden Frau Kraetzmann zur Rede gestellt und leicht geprügelt. Die Marwede holte sich darauf aus der Küche das scharfe Messer und versetzte damit der unterdessen wieder eingeschlafenen Frau Kraetzmann ein, wie es heißt, tödliches Messer in den Kopf. Die furchtbare zugerichtete Frau Kraetzmann starb nach kurzer Zeit an den Folgen der Verletzungen. Wie die Marwede zu dieser Tat gekommen ist, konnte nicht aufgeklärt werden. Sie legte jetzt ein reumütiges Geständnis ab. Das Gericht erkannte auf drei Jahre Gefängnis.

— Schiffszusammenstoß. Der amerikanische Torpedobootszerstörer „Woolsey“ stieß auf der Höhe von Panama mit einem Dampfer zusammen. Der Torpedobootszerstörer sank. Ein Mann ist umgekommen, 15 werden vermißt.

kein wirklicher Frieden besteht, dieser Frieden aber ein „Frieden der Berechnung und Eitelkeit“ sein müsse, der die wesentlichen Rechte Frankreichs sichert; daß Deutschland der Angreifer und Besiegte sei, während seine Bergwerke und Fabriken nicht zerstört seien. Und für all das hat Herr Briand keine bessere Begründung, als das alte Märchen, daß Deutschland der Angreifer sei, obwohl Frankreich im Gegensatz zu Deutschland kein einziges seiner Archive zu öffnen mag. Der Mann, der in seiner Rede behauptet, daß Frankreich für Recht und Freiheit gekämpft habe, ist entschlossen, alles zu tun, um, gestützt auf das Recht aus einem mit der Fiktion erpreßten Vertrag, das deutsche Volk im Namen dieses Rechts seiner Freiheit zu berauben und dem Schicksal Österreichs, das durch den vom Volk gewünschten Anschluß an Deutschland mit einem Schlag besser gestellt werden könnte, mit kleinen Mitteln, mit Denkschriften und Berisparungen zu begegnen.

Werden die Nationen, welche die Zukunft tragen, erkennen, daß dieser Geist von Versailles die Heilung des furchtbaren Angfalls unmöglich macht, daß der Krieg über die Menschheit gebracht hat, daß dieser Geist von Versailles nicht allein ein großes Kulturvolk zur Ironie verurteilt, sondern auch den Wiederaufbau der wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen innerhalb der Menschheit hindert? Die Zeit des Schweigens ist vergangen und die Zeit zu reden ist gekommen! Das System von Versailles schafft den Boden, auf dem der Kommunismus Wurzel schlägt. Und die Menschen müssen wissen, daß das Leid und das Elend dieser Zeit nur zu überwinden und der revolutionäre Geist des Bolschewismus nur zu bannen ist, wenn der Geist von Versailles getilgt wird. Das deutsche Volk steht mitten zwischen Versailles und Moskau. Es arbeitet nicht auf Nebengeldern hin. Es kämpft und leidet für das unbegründete Recht, das Leben und die Freiheit aller Völker. Es tritt nicht um Gnade, sondern zukunftsläufigen Ruf der Völker dieses Volkes zum heiligen Kampf gegen Vergeßlichkeit und Revolution, zum Kampf für die Zukunft der Menschheit.

